

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Keine Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenversicherungen - Für ein volkssolidarisches Gesundheitswesen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative die gesetzlichen Grundlagen zur Erhebung von Zusatzbeiträgen für Versicherte in den gesetzlichen Krankenkassen ersatzlos zu streichen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die steigenden Kosten des Gesundheitswesens insgesamt und insbesondere die wachsenden Verwaltungskosten der beinahe 200 gesetzlichen Krankenkassen sollen durch Zusatzbeiträge einseitig von den gesetzlich Versicherten getragen werden. Diese Hintertür wurde den gesetzlichen Krankenkassen im Zuge der Schaffung des Gesundheitsfonds zum 01.01.2009 ausdrücklich offen gelassen. Diese Hintertür gilt es zu schließen.